

Bomben in der Ferienoase

von Ira Lanz

Explodiert am Ferienort eine Bombe, brechen die Besucherzahlen weg. Politisch und religiös motivierte Gewalttaten stellen eine große Bedrohung für die Reisebranche dar. Der Studienkreis für Tourismus und Entwicklung hat zum ersten Ammerlander Gespräch gebeten, um mit Touristikern die Auswirkungen von Terrorismus in Reiseländern zu diskutieren.

Gewalttätige Auseinandersetzungen oder Terroranschläge gehören zum Alltag und sind längst keine Einzelercheinungen mehr. Die meisten Menschen scheinen entsprechende Nachrichten mit emotionaler Übersättigung gelassen hinzunehmen. Doch offensichtlich gibt es eine Zeit, in der diese Gewöhnung aussetzt: im Urlaub. Die schönsten Wochen des Jahres werden unbeschwert und sicher in einer Scheinwelt verbracht. Platzt im wahrsten Sinne des Wortes in der Oase des Friedens und der Geborgenheit eine Bombe, scheint die Konfrontation mit der Realität eine Schock- bzw. Fluchtreaktion auszulösen.

"Terrorismus ist das billigste Instrument, dem Tourismus den Garaus zu machen", konstatiert Elke Hetzel-Maute. Er wirke sich ähnlich aus wie die Pest oder Naturkatastrophen, allerdings mit dem Unterschied, dass schon kleine Vorfälle drastische Rückgänge in den Besucherzahlen bewirken. Jüngste Beispiele sind hier Ägypten und die Türkei. Die Ursachen für Gewalt sind nach Meinung von Prof. Hans Ruh, Direktor des Institutes für Sozialethik in Zürich, Defizite im ökonomischen, sozialen und rechtlichen Bereich.

Diese zeigen sich etwa am Beispiel der beiden klassischen Reiseziele Türkei und Ägypten. So erläutert Prof. Friedemann Büttner von der Freien Universität Berlin die Ursachen für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme Ägyptens. Durch die "Öffnungspolitik" des damaligen Präsidenten Sadat bildete sich eine kleine, reiche Oberschicht heraus und die Verzerrung der Ungleichverteilung nahm weiter zu. Zwar gelang Nachfolger Mubarak im Rahmen der Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Inflation zurückzudrängen, doch sind die Realeinkommen im öffentlichen Sektor dramatisch gesunken.

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Problemen zeichnet Büttner noch eine weitere Entwicklung auf. Der Islamismus, dessen Anfänge bis in das neunzehnte Jahrhundert zurückreichen, etablierte sich zunehmend als politische Kraft. Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung führte aber auch zu einer Spaltung der islamistischen Bewegung. "Radikale Gruppen", erläutert Büttner, "wollen den als unislamisch verdamnten Staat mit allen Mitteln bekämpfen." Hinzu käme, dass immer mehr Menschen die islamische Tradition betonen und sich auf islamische Werte besinnen. Dies führe zu einer ablehnenden Haltung gegenüber Fremdem.

Die Regierung setze sich jedoch nicht inhaltlich mit den Zielen der radikalen Islamisten auseinander und bekämpfe den Terrorismus statt dessen mit Gegengewalt. Solange diese Politik verfolgt werde, müsse mit einer Verschärfung der radikalen Aktionen gerechnet werden.

Auch Dr. Yusuf Örnek, Direktor der Stiftung für Kultur, Kunst und Tourismusforschung in Antalya, sieht die heutige Krise der Türkei vor einem historischen Hintergrund. Das "Kurdenproblem", erläutert Örnek, werde in der Türkei nicht als Problem erkannt, weil die türkische Verfassung keine ethnischen Minderheiten kenne - in der Türkei leben heute 30 ethnische Einheiten. Lösungsansätze seien deshalb nicht vorhanden.

Von Terrorismus und Menschenrechtsverletzungen in Reisezielländern bleibt, wie sich an den Beispielen Türkei und Ägypten zeigt, auch der Tourismus nicht verschont. Es stellt sich die Frage, ob Reiseveranstalter ein Land überhaupt noch anbieten bzw. verkaufen sollen, in dem Terroranschläge auf Touristen ausgeübt werden.

"Bei latenter Angst", berichtet Elke Hetzel-Maute, "sind Marketing-Instrumente wirkungslos." Preisreduktionen haben ihres Erachtens in diesem Zusammenhang gar eine gegenteilige Wirkung. Hier könne man nur abwarten. Am Beispiel von Sri Lanka hätte sich gezeigt, dass sich die Reisenden nach einer gewissen Zeit offensichtlich an die Schreckensmeldungen gewöhnen. Zweifellos, räumt ein

Teilnehmer ein, entzieht Terrorismus und Gewalt dem Veranstalter die Geschäftsgrundlage. "Doch wenn wir den Tourismus einstellen, ändern wir nichts an der Gewaltspirale."

Bleibt die Frage, inwieweit Reiseveranstalter ihre Kunden über die Situation im jeweiligen Reiseland informieren sollten? Abgesehen von der Tatsache, dass der Tourismus im Zusammenhang mit weniger entwickelten Ländern bereits jenseits der Frage der Gewalt in kultureller, ökologischer und sozialer Hinsicht große Probleme mit sich bringt, vertritt Hans Ruh die These, dass touristische Anbieter ihre Kunden über die Probleme bzw. die Gewalt im Urlaubsland informieren müssten.

Wie den Kunden informieren?

Eine Forderung, die nach Meinung der teilnehmenden Reiseveranstalter leichter gesagt, als zu erfüllen ist. Problematisch sei bereits, wenn der Kunde informiert werden solle. Im Katalog sei eine umfassende Mitteilung kaum zu bewerkstelligen, hier könnten lediglich Hinweise gegeben werden. Während der Reise könnten dann Reiseleiter die Urlauber über die Probleme im Land informieren.

Mögen kleinere Veranstalter, die nur wenige Länder im Programm haben, eventuell noch in der Lage sein, ihren Kunden ein relativ umfassendes Bild zu vermitteln, dürfte dies für Großveranstalter, die Reisen in fast alle Länder auf der touristischen Landkarte anbieten, schwieriger sein. Gerade sie aber bringen den größten Teil der Reisenden in die Zielländer.

Doch gibt es auch Gegenstimmen, die eine Informationspflicht für die Veranstalter nicht sehen. Es sei nicht die Aufgabe der touristischen Anbieter, den Kunden zu erziehen, meinen sie. Dieser sei durchaus in der Lage aufgrund der Berichterstattung in den Medien, eine entsprechende Reiseentscheidung zu treffen.

Grundsätzlich ist eine deutliche Mehrheit der Reisenden für die Problematik der Menschenrechtsverletzungen in Urlaubsreiseländern ansprechbar. Dies geht aus einer derzeit in Arbeit befindlichen Untersuchung des Studienkreises für Tourismus und Entwicklung hervor. Menschenrechtsverletzungen sollten deshalb nach Ansicht von Geschäftsführer Armin Vielhaber nicht tabuisiert werden.

Allerdings, räumt Vielhaber ein, müsse davon ausgegangen werden, dass es sich bei dem hohen Anteil von Ablehnungsargumenten bei den Befragten eher um "verbale Absichtsbekundungen" handele, die von der konkreten Reiseentscheidung losgelöst seien. Menschenrechtsverletzungen dürften dann stärker die Reiseentscheidung beeinflussen, wenn sie sich durch gewalttätige Auseinandersetzungen oder Unruhen im Urlaubsland manifestieren, die sich "unmittelbar auch auf die persönliche Sicherheit der Urlauber auswirken können".